

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Jakob Vogel

Polizei- und Militär-Aktionen gegen

Chhotu-Gangs

Im Grenzgebiet zwischen dem südlichen Pandschab und dem nördlichen Sindh gehen Sicherheitskräfte massiv gegen die sogenannten *Chhotu-Gangs* vor, nachdem zuvor 24 Polizisten als Geiseln genommen worden waren. Die *Chhotu-Gangs*, benannt nach dem Spitznamen ihres Anführers – „kleiner Junge“, werden auf insgesamt mehr als 300 Mitglieder geschätzt und gelten als eine der größten mafiösen Gruppen im Industriefland. Diese Gangs betreiben dort seit vielen Jahren Schmuggel, begehen Überfälle entlang der Autobahnen und entführen Menschen gegen Lösegeldforderungen. Nach Recherchen pakistansicher Journalisten trat Chhotu als 13-Jähriger einer Bande bei, nachdem seine Familie ihr Land durch Stammesfehden verloren hatte; sein Vater und seine Brüder hatten sich der drohenden Verhaftung durch die Flucht entzogen. Er selbst hatte als Jugendlicher zwei Jahre in Haft verbracht. Diese Region mit ihren Indusinseln und ihrer Grenzlage zu allen vier pakistischen Provinzen sowie den Stammesgebieten im Nordwesten ist schon seit der Kolonialzeit als Rückzugsgebiet für Banditen und Separatisten bekannt. Aktuell gelten auch Großgrundbesitzer und Politiker als Nutznießer der unübersichtlichen Region. Nach Presseberichten spielen sie bewusst Gangs und Polizei gegeneinander aus, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Im Jahr 2005 wurde die *Chhotu-Gang* durch die Entführung von zwölf chinesischen Ingenieuren bekannt, welche aber letztlich ohne Lösegeldforderungen wieder frei gelassen wurden. Laut Presseberichten wird vermutet, dass die jüngsten Militärmaßnahmen, vor allem mit Kampfhubschraubern, zur Sicherung chinesischer Investitionsvorhaben dienen; sie verlaufen von der Hafenstadt Gwadar entlang der Indus-Autobahn bis hin zum Karakorum-Pass. Zudem wird vermutet, dass die *Chhotu-Gang* belutschischen Separatisten Unterschlupf gewährt. Der Militäraktion gingen Kämpfe zwischen Polizei und Gang voraus, bei denen sieben Polizisten und zwei Gang-Mitglieder getötet wurden. Die Zivilbevölkerung der Region ist den Aufrufen zur Evakuierung bislang jedoch nicht flächendeckend gefolgt. Deshalb, sowie wegen der Geiselnahmen, die als Schutzschild wirken, wurden laut Beobachtern bislang noch keine Vorstöße mit Bodentruppen durchgeführt.

Talibanchef stirbt nach US-Drohen-Angriff

Laut Agenturmeldungen haben führende Vertreter der Taliban den Tod des Talibanchefs Mullah Akhtar Mansoor nach einem US-Drohnenangriff in Südwest-Pakistan Mitte Mai 2016 bestätigt. In Quetta, der Hauptstadt Belutschistans, sollen sich bald danach Talibanführer versammelt haben, um den hochrangigen Talibanrichter und bisherigen Stellvertreter Haibatullah Akhundzada zum Nachfolger zu bestimmen. Medien berichteten, dass US-Präsident Obama den Angriff selbst autorisiert und mit einer unmittelbaren Bedrohung von US-Personal sowie afghanischer Einrichtungen und Zivilisten begründet habe. Mansoor habe unter anderem massiv die Friedensgespräche mit der afghanischen Regierung behindert, indem er verhandlungsbereite Personen und Gruppen bedrohte. Der pakistanische Regierungschef Nawaz Sharif verurteilte den US-Drohnenangriff als Verletzung der nationalen Souveränität seines Landes.

Pakistan setzt Produktion atomwaffenfähigen Materials fort

Entgegen diplomatischen Versuchen der US-Regierung in Islamabad im Rahmen des achten Treffens einer Arbeitsgruppe zur Nichtverbreitung von Kernwaffen, lehnt die pakistanische Regierung weiterhin einen Beitritt zum „Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Waffenzwecke“ ab, so pakistanische Medien. Die nationalen Sicherheitsinteressen stünden im Fokus, so das Außenministerium, vor allem gegenüber den großen Vorräten an spaltbarem Material des Nachbarn Indien. Diese müssten zuvor in den Vertragsgrundlagen anerkannt werden.

Selbstmordattentat in Lahore mit mehr als 70 Todesopfern

In der pandschabischen Provinzhauptstadt Lahore kamen am Ostersonntag bei einem Selbstmordattentat im *Gulshan-e-Iqbal*-Park mindestens 70 Menschen um, darunter mindestens 35 Kinder, rund 290 wurden als verletzt gemeldet. Der Park war in der Mittelschicht sehr beliebt, und wurde nach den Ostermessen unter anderem von zahlreichen Christen besucht. Laut Medienberichten hat sich die Splittergruppe der pakistanischen Taliban, *Jamaat-ul-Ahrar*, zu diesem seit rund einem Jahr opferreichsten Anschlag in Pakistan

bekannt. Er habe sowohl der Regierung als auch den Christen gegolten, so Presseberichte. Nach dem Attentat wurden in Lahore und weiteren Großstädten Razzien durchgeführt, bei denen nach Presseberichten große Mengen an Waffen und Munition sichergestellt wurden. Nach Angaben des Polizeichefs hatte es zuvor keine besondere Terrorwarnstufe gegeben. Lediglich seien die Christen in der Stadt vor den Osterfeiertagen zur Vorsicht ermahnt worden, so Erzbischof Francis Shaw in einem Presseinterview.

Pakistan verbietet Radio- und TV-Werbung für Verhütungsmittel

Vornehmlich zum Schutz von Minderjährigen vor sexuellen Darstellungen in der Öffentlichkeit erließ die pakistanische Regulierungsbehörde *Pakistan Electronic Media Regulatory Authority* (PEMRA) gegen Strafandrohung ein Werbeverbot für Verhütungsmittel, Geburtenkontrolle und Familienplanung im Radio sowie in Fernsehprogrammen. Laut Presseberichten habe man auf Eingaben besorgter Eltern reagiert. Dieses Verbot erfolgt in einer Zeit, in der die pakistanische Regierung eine eigene Initiative für Familienplanung zur Verringerung des Bevölkerungswachstums von derzeit 1,92 Prozent pro Jahr vorbereitete. Die zuvor schon als niedrig eingestufte Nutzungsquote von Verhütungsmitteln ist nach offiziellen Statistiken im letzten Jahr nochmals gesunken.

Vorbereitungen auf erneute Hitzewelle

Als Lehre aus den Todesfällen der Hitzewelle im Jahr 2015 mit zwischen 1300 und 2000 Todesfällen alleine in Karachi wurden in diesem Jahr in Teilen Pakistans rechtzeitig Vorbereitungen getroffen. So berichten Medien unter anderem über die Aufstockung der Krankenhauskapazitäten in der Metropole Karachi sowie über die dortige Errichtung von rund 200 Erste-Hilfe-Posten und rund 700 Nothilfestationen mit Trinkwasser- und Mineralsalzvorräten. Zudem wurden vorsorglich Massengräber vorbereitet. In diesem Jahr überlagert sich die für Mai und Anfang Juni prognostizierte Hitzeperiode mit der ersten Woche des Fastenmonats Ramadan.

Zahlreiche Tote durch vergiftete Süßigkeiten und Alkoholika

Mindestens 23 Menschen starben Mitte April 2016 im südlichen Pandschab durch vergiftete Süßigkeiten, darunter zwölf Mitglieder einer Familie, weitere 44 erkrankten zum Teil ernsthaft. Im Zuge ihrer Unter-

suchungen nahmen Sicherheitskräfte drei Männer in Haft, welche einen Süßigkeitenladen betrieben. Vermutlich gelangten dort Pestizide aus einem Nachbarbetrieb in Nahrungsmittel, die traditionell vor allem zu Festen verzehrt werden. Ebenfalls im Frühjahr 2016 starben 24 Menschen im Süden Pakistans nach dem Genuss illegaler oder gepanschter Alkoholgetränke. Nach Presseberichten waren die meisten Hindus, aber auch einige Muslime waren darunter sowie zwei Frauen. Örtliche Proteste der Einwohner richteten sich anschließend gegen die Polizei, der vorgeworfen wurde, den illegalen Alkoholhandel bewusst zu übersehen und nicht zu ahnden. Mehrere Polizisten seien danach vom Dienst suspendiert worden.

Menschenrechtsaktivist Khurram Zaki in Karachi ermordet

Der für seine Kampagnen gegen Extremismus bekannt gewordene Aktivist Khurram Zaki wurde Anfang Mai von einem Motorrad aus erschossen, als er mit befreundeten Aktivisten in einem Restaurant in Karachi saß. Ziel seiner Kampagnen waren vor allem religiöse Extremisten, wie Abdul Aziz, der Leiter der berühmten „Roten Moschee“ in Islamabad. Eine Fraktion der pakistanischen Taliban soll sich nach der Tat zum Mord an Zaki bekannt haben. Dessen Mitstreiter und Unterstützer erklärten nach der Tat, dass sie Zakis politische Agenda fortsetzen werden. Sie vertrauen nicht darauf, dass die Armee der Extremisten Herr werden könne und fordern die Mitbürger auf, gegen den Terrorismus aufzustehen. Seine offenen Kampagnen sowie die von ihm mit herausgegebene Internetseite galten wegen ihrer provokanten Wirkung letztlich als politischer Selbstmordversuch. Kritische Aktionen dieser Art hatten selten die Unterstützung anderer Menschenrechtsorganisationen in Pakistan gefunden.

Provinzregierung des Pandschab: Fortschrittliches Gesetz zum Schutz von Frauen

Mit einem von Ministerpräsident Shebaz Sharif im Provinzparlament des Pandschab eingebrachten Gesetz können Männer, die ihre Frauen schlagen oder emotional misshandeln, künftig vor Gericht angeklagt werden sowie Hausverbot im eigenen Haus erhalten. Letztlich sollen sie auch fixiert werden können oder Fußfesseln mit Überwachungsfunktion angelegt bekommen. Nach einem Kommentar von Susanne Koelbl in „Spiegel online“ relativiert dieses Gesetz gängige, von ultrakonservativen sowie extremistischen Kräften und Strömungen geprägte Klischees über Pakistan; dabei werde das moderne Pakistan, das auch erfolgreiche Frauen hervorbringt, durch diese Kräfte in Geiselschaft genommen.